12.11.2019 - t-online.de

Reformbewegung: Vorschlag zu Opfer-Entschädigung unbedacht

Die Reformbewegung "Wir sind Kirche" hat sich gegen Überlegungen in der katholische Kirche ausgesprochen, Entschädigungen für Missbrauchsopfer aus Kirchensteuermitteln zu bezahlen. "Wenn klerikale Täter selbst nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können, so kann es nicht Aufgabe der Kirchenmitglieder sein, über die allgemeinen Kirchensteuergelder für das Versagen der Kirchenleitungen einzustehen", teilte "Wir sind Kirche" am Dienstag mit.

Die Diskussion darüber hat der Trierer Bischof Stephan Ackermann, Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für Fragen des sexuellen Missbrauchs, angestoßen. Er erklärte jüngst, bei der angestrebten Neuregelung um höhere Entschädigungszahlungen für Opfer von sexuellem Missbrauch könnte auf Kirchensteuermittel zurückgegriffen werden. Die Debatte darüber sei "notwendig", sagte er und verwies auf die "Solidargemeinschaft" der Kirchenmitglieder.

"Wir sind Kirche" forderte die DBK auf, die von Bischof Ackermann geplante Prüfung, "sofort einzustellen. Entschädigungsleistungen sollten nur aus Mitteln des Bischöflichen Stuhls bezahlt werden. Wenn einzelne Bistümer dazu nicht in der Lage sein sollten, sei ein Finanzausgleich zwischen den Bistümern zu gewähren.

Der Versuch von Ackermann, mit dem Appell an die Solidargemeinschaft finanzielle Belastungen auf die Kirchenmitglieder zu übertragen, sei vor dem für den 1. Dezember geplanten Beginn des Synodalen Weges "ein immenser Vertrauensschaden für die Zusammenarbeit zwischen Bischöfen und Kirchenmitgliedern", teilte die Bewegung mit. Sein Vorschlag sei auch insofern unbedacht, weil er die Zahl der Kirchenaustritte "noch weiter und zu Recht" in die Höhe treiben würde.

https://www.t-online.de/region/id_86796448/reformbewegung-vorschlag-zu-opfer-entschaedigung-unbedacht.html

Zuletzt geändert am 13.11.2019